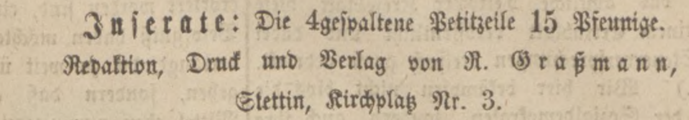
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 6. Mai 1879. Nr. 210.

Deutscher Reichstag.

38. Plenar-Sitzung vom 5. Mai.

Am Bundesrathstische: Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann, Finanzminister Hobrecht, Geh. Räthe Tiedemann, Burghart, Mayr und Andere.

Präsident Dr. v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.

Folgende Gesetzentwürfe sind eingegangen: über die Vertheilung der Matrikularbeiträge an das deutsche Reich, über die Erwerbung der preußischen Staatsdruckerei durch das Reich, über Abänderungen der Gewerbeordnung und ein Nachtragsetat zum Budget von 1879/80.

Die Abgg. Saro und Dr. v. Grävenitz machen Mittheilung von ihrer Ernennung zum Oberstaatsanwalt am Oberlandesgericht zu Königsberg i. Pr. resp zum Reichsgerichtsrath. Beide Schreiben gehen an die Geschäftsordnungs-Kommission, welche die Fortdauer eventuell das Erlöschen der betreffenden Mandate berathen wird.

Tagesordnung:

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. den Zolltarif wird fortgesetzt.

Der erste Redner ist heute

Abg. Richter (Hagen): Fürst Bismarck behauptet, durch die Zollvorlage dem deutschen Körper neues Blut zuzuführen und die Cirkulation zu befördern. Nun, in den letzten 25 Jahren sind $2^1/_2$ Millionen Deutsche nach Amerika gewandert oder auf dem Schlachtfelde umgekommen und mehr als 70 Millionen Thaler haben uns die Kriege gekostet, jene Kriege, welche nach ihrer Beendigung den Unternehmer zu immer neuen schwindelhaften Gründungen und Spekulationen bewogen haben, auf welche dann regelmäßig der Rückschlag, der Krach folgte. Abg. Reichensperger (Olpe) führte in seiner Rede den Schwindel auf das Aktiengesetz von 1870 zurück, obgleich doch kein einziges Mitglied des Centrums gegen dieses Gesetz gestimmt hat. Nein, mit diesem Gesetz hängt der Nothstand in keiner Weise zusammen; die Nationen sind unter einander solidarisch und alle Völker, auch die, welche nicht unmittelbar vom Nothstande betroffen wurden, haben unter dem heutigen Nothstande zu leiden, und ganz besonders sind es die Kosten des Krieges und die enormen Kosten des bewaffneten Friedens, welche auf den Völkern lasten. Fürst Bismarck meint, die Milliarden hätten den Ausbruch der Noth noch hingehalten. Aber ich bitte doch nicht zu vergessen, daß drei Viertel dieser Milliarden wieder für Kriegszwecke verwendet worden sind. Ich will mich heute nicht auf auswärtige Politik einlassen, aber das muß ich sagen, wenn ein wahrhaft großer Staatsmann da wäre, welcher es verstände, endlich eine Friedensperiode herbeizuführen, der wäre ein wahrer Wohlthäter des Volkes, der würde uns vor Verblutung retten — nicht aber solche Tarife aufstellen, wie sie uns jetzt vorgelegt werden. Immer, wenn verheerende Krankheiten, eine Pest oder sonstige Epidemie, die Menschheit quälen, dann fangen gar viele an, der Wissenschaft zu mißtrauen und an Wunder zu glauben, dann wird die Medizin immer verdächtigt. Dasselbe sehen wir heute; wo das Volk wirthschaftlich krank ist; da wird auch die Wissenschaft gelästert, die besten Patrioten, welche sich gegen die Wunder und die wunderbaren Tarife aussprechen, verdächtigt, mit englischem Gelde erkauft zu sein, und die Fraktion, die die meisten Geistlichen in ihrer Mitte hat, übernimmt die wirthschaftliche Führung des Volks. Aber nichts ist weniger geeignet, die Cirkulation des Blutes zu befördern, als wenn man Hemmnisse einführt. Danken wir es vielmehr dem Himmel, daß wir einen solchen Aufschwung genommen haben, daß das ganze Verkehrswesen, das ganze Eisenbahnwesen eine solche Entwickelung erreicht hat, sonst hätten wir das Elend des Krieges gar nicht zu verwinden vermocht. Und jetzt ist ein wirthschaftlicher Nothstand konstatirt. Das schutzzöllnerische Ameeika und Frankreich — haben sie etwa weniger Noth? Ueberall liegt Handel und Verkehr darnieder, überall klagt man daher auch über die Konkurrenz. Und wenn auch von vielen anderen Seiten falsche Maßregeln ergriffen werden, darf das für uns ein Grund sein, ebenfalls dieselben verkehrten Wege zu gehen? Wir sind ja mit so wenig kulturell entwickelten Ländern wie Rußland und auch Oesterreich nicht zu vergleichen. Man nennt unsere Exportindustrie prekär, aber die vielen Petitionen, die uns aus industriellen Kreisen zugehen, beweisen doch das Gegentheil. Je größer das Absatzgebiet ist, desto weniger prekär ist der Export. Wenn die Völker sich gegenseitig abschließen, jedes nur konsumiren will, was es selbst produzirt, dann müssen wir von unserer Kulturhöhe herabsteigen, während Oesterreich und Rußland, um das zu ermöglichen, allerdings gewaltig hinabsteigen müßten. Man sagt, in Deutschland werde zu viel gehandelt, die Produktion trete zu sehr zurück. Aber ein Land wie Deutschland, im Herzen Europas gelegen, ist prädestinirt für den Handel und seine hauptsächliche Thätigkeit muß im Vermittelungs-Verkehr liegen. Nun wird weiter gesagt, man wolle uns ja durch den Tarif nur auf den Standpunkt von 1864 zurückführen; ich bin zwar der Ansicht, daß wir viel weiter zurückgehen sollen, aber auch bis 1864 zurückzugehen scheint mir ein Unding. Heute ist der Export viermal so groß als 1864, 1864 hatten wir für 2 Milliarden Eisenbahnen, heute für 8 Milliarden, und bei dieser Veränderung des Exports und Verkehrswesens glaubt man denselben Tarif einführen zu dürfen. Das ist ja ähnlich so, wie es damals der Kurfürst von Hessen machte, als er, nach der Franzosen-Herrschaft in sein Land zurückkehrend, Lieutenants, die in seiner Abwesenheit zu Generälen avancirt waren, auf ihr früheres Gehalt degradirte und in dieser Art überhaupt zu restauriren bemüht war. So macht man es jetzt mit dem Tarif; am grünen Tisch wird einfach der alte Tarif abgeschrieben. Der Abg. Reichensperger meinte, daß Arndt in seinem Liede von dem Gott, der Eisen wachsen ließ, nur deutsches Eisen im Sinne hatte. Nun, er sollte doch wissen, daß Gott seit 1864 in Deutschland mehr Eisen hat wachsen lassen, als je vorher. 114 Prozent unseres Konsums beträgt unsere Eisenproduktion. Er sprach auch von der Masse entlassener Arbeiter, aber wir beschäftigen ja heute viele tausend Arbeiter mehr, als vor 1864. Er sprach von dem Rückgange in der Industrie und erwähnte die Lokomotiven. Aber in diesem Artikel wird das Vierfache von uns exportirt als importirt. Freilich, wenn der Tarif perfekt wird, dann wird man im Inlande die Lokomotiven noch viel theurer bezahlen, und die Ausländer werden sie von denselben Fabrikanten für ein weit billigeres Geld erhalten. Und dabei wurde erst neulich eine Lokomotive an die Warschau-Kiewer Eisenbahn um 8500 Mark billiger verkauft als an die Oberschlesische Bahn. Das bitte ich doch die großen Grundbesitzer und Holzhändler in Oberschlesien zu berücksichtigen, wie ihnen in solcher Weise der Transport vertheuert wird. Aber es kommt alles das jetzt schon daher, daß die Fabrikanten eine Koalition geschlossen haben, durch welche sie sich bei 10,000 Mark Konventionalstrafe verpflichten, bei inländischen Submissionen ihre Fabrikate niemals unter einem bestimmten Satze abzugeben. Es handelt sich darum, ob wir mit unserer nationalen Arbeit die Entwickelung unserer ausländischen Industrie begünstigen wollen. Wenn ja, so ist es freilich erklärlich, daß Rußland so billige Eisenbahnen baut und den Werth seiner Güter so ungeheuer steigern kann. Dann kann freilich Rußland und Oesterreich seine Getreide so billig zu uns bringen. Den Herren dort (nach rechts) ist das dann freilich unangenehm, und sie fordern höhere Tarife und Zölle. So wollen sie mit einem Uebel das andere kuriren. Ist denn überhaupt unsere Industrie einverstanden mit der neuen Zollpolitik? Nein! Die Hochöfen, Maschinenfabriken und Puddelwerke wohl, aber die Klein-Eisenindustrie fürchtet schwere Schädigung. Die letztere hat sich ohne Zölle England gegenüber als existenzfähig erwiesen, Aktiengesellschaften hat sie zwar nicht gegründet, aber gerade darum sich um so lebensfähiger erwiesen. In der Enquete ist es freilich Herrn von Wedell-Malchow verübelt worden, daß er seinem Dorfschmiede von dem freien Eisen hat den Vortheil zukommen lassen, aber hat denn ein Dorfschmied nicht dasselbe Recht auf billiges Eisen wie die Großindustrie? Sehen Sie sich den ganzen Niederrhein an, dort wird eine außerordentlich ausgedehnte Hausindustrie betrieben, und es ist nicht wahr, daß man auf die Wohlthat des Schutzzolles allzu begierig wäre. Ich denke, der Abg. Reichensperger (Crefeld) wird es sich noch sehr überlegen, ob er den Konsequenzen seines Bruders Peter folgt. (Heiterkeit.) Crefeld würde es ihm nicht danken. Erst gestern wieder haben 3000 Industrielle in Elberfeld gegen den Schutzzoll protestirt. Aus dem Erzgebirge, aus Apolda, aus ganz Thüringen hören wir ähnliche Kundgebungen. Durch den Schutzzoll wird die Frauenarbeit aus der Hausindustrie verbannt, und doch gehört Frauenarbeit mehr ins Haus als in die großen Fabriksäle. In ganz gleicher Weise würden die 200,000 deutschen Schneider, alle unsere Schuhmacher und Böttcher leiden, bei deren Geschäften kein Schutzzoll den Markt des Auslandes ihnen verschließen würde. Das deutsche Handwerk liegt in schwerem Kampfe mit der Industrie, und ich will nicht die letztere um den Preis fördern, daß das Handwerk seine Existenz einbüßt. Würde ferner der Schutzzoll den Interessen der Arbeiter dienen? Auch das bestreite ich: Wenn der Druck fortfällt, den die Konkurrenz des Auslandes ausübt, so wird damit leicht auch die Produktion in Folge der verminderten Nachfrage heruntergehen, Arbeiter-Entlassungen werden an der Tagesordnung sein. Soll einmal ein Schutzzoll eingeführt werden, — dann auch ein Schutzzoll auf ausländische Arbeiter! Denn sonst wird der Arbeitgeber durch das Heranziehen von schwedischen, italienischen und polnischen Arbeitern die Löhne herabdrücken. Denken Sie an den Krawall auf dem Alexanderplatz zwischen Berliner und polnischen Arbeitern beim Legen der Kanalisationsröhren. Dort hat man die Polizei aufgeboten zum Schutze der freien Konkurrenz, heute soll dieselbe Polizei die freie Konkurrenz hindern. Aber so gut man Berlin verhindern könnte, seine Kanalisationsröhren aus dem Auslande zu beziehen, ebenso gut kann man es auch zwingen, nicht die Arbeiter aus dem Auslande zu beziehen, welche die Röhren legen. Ich gebe es Herrn Mosle zu bedenken, vielleicht findet er im Verein mit dem Herrn Reichskanzler ein Gegenmittel (Heiterkeit). Dem Arbeiter frommt nicht schnelles Auf- und Niedergehen der Löhne, in seinem Interesse liegt ein stetiges Aufsteigen des Lohnes, und dafür ist der Freihandel gerade ein Hebel, indem er ein rapides Heraufgehen einschränkt durch die ausländische Konkurrenz, und andererseits durch dieselbe Konkurrenz in Zeiten des Niedergangs die heimische Industrie zwingt, weiter zu arbeiten und die Arbeiter so vor Brodlosigkeit schützt. Gerade den Arbeiter treffen die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der gewöhnlichsten Lebensbedingungen am härtesten. Wenn es nun schon hart sein soll, daß ein verschuldeter Grundbesitzer so viel Grundsteuer zahlen soll, wie ein unverschuldeter, um wie viel ungerechter ist es, wenn ein Arbeiter, der zahlreiche Familie hat, dasselbe zahlen soll, wie ein nicht verheiratheter Mann? Gleichwohl aber erkennen beispielsweise die Motive ausdrücklich an, daß Ochsenfleisch mehr von den gut situirten, Schweinefleisch aber von den schlechter situirten Familien konsumirt werde; dennoch aber wird für das Schmalz eine doppelt so hohe Steuer in Vorschlag gebracht als für die Ochsen der besser situirten Klassen. (Heiterkeit.) In Berlin hat die Statistik des letzten Jahres eine bedeutende Verminderung des Verbrauchs an Ochsenfleisch ergeben, trotz einer Zunahme der Bevölkerung um 37,000 Personen, dagegen ist der Verbrauch an Schweinefleisch in wirthschaftlich bedenklichem Maße gestiegen. Auch auf dem Gebiete der Landwirthschaft wird der Schutzzoll den kleinen Besitzern und den Pächtern nicht zu Gute kommen, sondern nur dem großen Grundbesitz. Als durch die Anlage von Eisenbahnen dem Grundbesitzer der ausländische Markt eröffnet wurde, und der Werth der Güter sich dadurch steigerte, da waren die Herren es zufrieden, wenn aber diese Steigerung im Augenblicke nachläßt, durch ausländische Einfuhr, dann rufen die Herren nach der staatlichen Prämie des Kornzolles. Das Privateigenthum an Grund und Boden hat doch nur insoweit eine sittliche Berechtigung, als es das Risiko nach beiden Seiten hin zu tragen bereit ist. Wer hat denn daran gedacht, den Berliner Hausbesitzern eine Entschädigung zuzuweisen für die augenblickliche Entwerthung ihres Grund-Besitzes? Oder will vielleicht Herr Mosle mit dem Herrn Reichskanzler eine surtaxe auf diejenigen legen, welche auf dem Lande wohnen? (Heiterkeit.) Auch die Forsten profitiren vom Schutzzoll nur bedingt. Förster und Holzbauer garnicht, sondern nur die, welche hier im Reichstage und bei Borchardt sitzen, und die sich von der Forstbewirthschaftung nicht mehr reservirt haben, als die Ausübung der Jagd, der sie sich allerdings „im Schweiße ihres Angesichts" hingeben. Sie, die begünstigt sind durch das Recht der Erstgeburt, werden allein den Nutzen haben von dieser Zollpolitik. Es erfüllt sich heute, was ich vor Wochen gesagt habe: die Geister, welche man durch die Agitation für Kornzölle wach gerufen hat, lassen sich heute nicht mehr mit 25 Pf. nach Hause schicken. (Gelächter.) Es ist wie bei der Sozialisten-Debatte Graf Moltke sagte, daß die Führer von ihren Hintermännern weiter gedrängt werden, als sie selbst wollen, und ich will abwarten, ob solche Anträge auf Erhöhung der Kornzölle hier auftreten werden. (Ja wohl! Rechts.) Diese Agitation ist nicht erwachsen auf dem Boden der Landwirthschaft, sondern hineingetragen worden. Der deutsche Landwirthschaftsrath hätte fast — es fehlten wenige Stimmen — sich gegen alle Getreidezölle erklärt. Die Agitation trägt ein Agitatorenklub, der Kongreß deutscher Landwirthe, der jedem einzelnen Vereine Aufforderungen zu Zustimmungsadressen übersendet hat, wobei auch die Landräthe tüchtig mitgeholfen haben. Die Landwirthschaft in ihrer großen Gesammtheit steht heute noch zu den Kornzöllen außerordentlich kühl, und den Herren Großgrundbesitzern auf der rechten Seite ist bei den Getreidezöllen gar nicht so wohl zu Muthe. Ich taxire die Herren für viel besser, als es vielleicht Manchem in diesem Augenblicke scheinen mag. So gern sie es haben mögen, weun wir viele Steuern bewilligen, so würde doch gewiß Mancher es dem Herrn Reichskanzler danken, wenn er den ganzen Zolltarif gar nicht zur Abstimmung brächte (Widerspruch). — Ich habe hier einen Bericht der Schutzzoll-Korrespondenz über die Februar-Versammlung, bei welcher Herr Geh. Rath Tiedemann seinen Toast ausgebracht hat auf die Manen von Friedrich List. Da haben die Herren sich angemaßt, einen autonomen Tarif aufzustellen für solche Zweige der Industrie, von denen sie kein Mandat hatten und die sie gar nichts angingen. Autonom war an dem ganzen Tarife nichts als die Willkür der Herren Verfasser Beutner und Grothe. (Heiterkeit.) Durch diese Ausarbeitung sind dann die ungeheuren Proteste wachgerufen worden. Wenn Herr Reichensperger tadelnd von den Geheimräthen gesprochen hat, so hoffe ich, daß er damit nicht unseren altbewährten preußischen Beamtenstand gemeint hat. Für diesen, für seine Uneigennützigkeit und Sachkenntniß würde ich eintreten. In Herrn Delbrück sehen wir hier nicht einen Führer, er ist uns heute politisch so fremd, wie seiner Zeit als Minister. Aber er vertheidigt heute die Arbeit seines Lebens gegen die Zerstörung. Das ist die Art des alten preußischen Beamtenstandes, der nicht, wenn er die Uniform ausgezogen hat, Alles gehen läßt, wie es geht, dem nicht das Amt selbst Zweck ist, sondern Mittel zum Zweck, zu Arbeiten für die Interessen der Gesammtheit. Wir wissen das heute grade doppelt zu schätzen in einer Zeit, wo, leider sage ich, ein Servilismus sich breit macht, der die bis gestern vertretenen Ueberzeugungen der Opportunität zu Füßen legt und sich noch spreizt mit seinem Renegatenthum. Dr. Delbrück vertritt die Traditionen nicht blos des Beamtenthums, sondern auch des Staates selbst. (Widerspruch rechts.) Ja wohl, lesen Sie nur die letzten Publikationen der königl. preußischen Staatsarchive und Sie werden finden, daß von jeher Preußen an der Spitze aller anderen Staaten hingearbeitet hat auf die Ausbildung eines direkten Steuersystems im Gegensatze zur indirekten Steuer. Daraus resultirte gleichzeitig mit der allgemeinen Wehrpflicht auch die allgemeine direkte Steuerpflicht. Das ist preußische Tradition und ich kann es nicht gelten lassen, daß der Herr Reichskanzler uns Rußland als das Ideal seiner Pläne bezeichnet hat, (Oho! rechts.) — ja, warum haben Sie denn nicht „Oho" gerufen, als der Herr Reichskanzler das sagte. (Zurufe.) Ja, nimmt sich denn das so ganz anders aus, wenn ich es sage? (Widerspruch.) Ja, sehen Sie, ich habe nicht vergebens auf Beschleunigung des stenographischen Berichtes gedrängt (Heiterkeit). Wenn dann der Herr Reichskanzler gesprochen hat von der Verschuldung des Grundbesitzes aus den französischen Kriegen von 1806 2c., so erinnere ich daran, wie viel kleine Leute bei uns zurückgekommen sind in Folge der letzten drei Kriege. Da sieht man erst, mit wie schweren Opfern wir uns die deutsche Einheit erkauft haben. Nachdem neulich der Herr Reichskanzler wie ein Zauberkünstler alles Mögliche aus seinem Hut hervorgeholt hatte, und wir nun dachten, der Hut wäre leer, da flog noch ein Bouquet in den zweiten Rang hinauf, der Steuererlaß der Beamten, vermuthlich, um sie das Unlogische übersehen zu lassen, daß man ihnen ihre Bedürfnisse vertheuert,

ohne gleichzeitig ihre Gehälter zu erhöhen. Gestern hat schon das amtliche Teltower Kreisblatt diese Rede in einem Extrablatt veröffentlicht und dabei alle die Steuerversprechungen dreifach groß gedruckt. (Heiterkeit.) Wir hier bekämpfen nicht blos die Methode der Sozialdemokraten, sondern auch ihre Lehren, aber — ich lasse aus den Ausführungen des Herrn Hobrecht die Berufung auf die Gottesfurcht weg — war denn die Rede des Reichskanzlers geeignet, Bescheidenheit, Arbeitsamkeit, Zufriedenheit zu fördern und die Energie in den produzirenden Kreisen wachzurufen? (Unruhe.) Fürst Bismarck hat gezeigt, was er gern bieten möchte, aber er hat vergessen, anzugeben, woher er die Mittel dazu nehmen will. Das erinnert sehr lebhaft an Lassalle, der auch schlechthin über hundert Millionen Thaler zum Besten der Arbeiter disponirte, die Sorge aber, wie sie zu beschaffen seien, Anderen überließ. Er begnügte sich, allgemein die Richtung der Verwendung angedeutet zu haben. Herr Hobrecht bezeichnete geradezu die Rede des Herrn Reichskanzlers als Zukunftsmusik. Nun, wenn ich wollte, könnte ich noch viel schönere Zukunftsmusik machen. (Heiterkeit.) Ich halte das ganze Steuerzahlen für schlecht. Ja, Herr Hobrecht hatte nicht nur als verantwortlicher Finanzminister, sondern als gewissenhafter Mann und Beamter die Pflicht, die Versprechungen des Herrn Reichskanzlers zu desavouiren. (Präsident Dr. v. Forckenbeck erklärt die Bemerkung für unparlamentarisch, daß es Pflicht eines gewissenhaften Mannes sei, die Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers zurückzuweisen.) Ich meinte nur, daß Herr Hobrecht als technischer Finanzmann unmöglich die Verantwortlichkeit für die Versprechungen des Herrn Reichskanzlers übernehmen konnte. Nach den Erklärungen des Herrn Hobrecht würde der ganze Ertrag für Preußen nur 16 Mill. betragen und kaum einem Sechstel der Steuern gleichkommen, welche der Herr Reichskanzler erlassen will. Welch ungeheurer Widerspruch! Es würde der ganze Ertrag 166 Millionen betragen, und zwar 46 Millionen vom Tabak, 16 von der Brausteuer und 104 Millionen aus den übrigen Zöllen. Auf Schutzzölle würden im Ganzen 65 Millionen kommen. Herr Reichensperger sagte, Schutz- und Finanzzölle seien zwei ganz aparte Gerichte. Nun, dann möchte ich doch empfehlen, diese beiden Gerichte nicht auf einem Teller zu serviren und die Finanz- und Schutzzölle in getrennten Kommissionen zu berathen, um die Fragen wegen Freihandel und Schutzzoll ganz abzuhalten. Früher marschirte der Herr Reichskanzler als Freihändler, und Dr. Lucius assistirte ihm; jetzt ist Fürst Bismarck Schutzzöllner, um seine Finanzpläne durchzuführen. Wir stehen dem Tarif mit größter Ruhe gegenüber. Wir wünschen eine Steuerreform. Im Tarif ist nur für Cyankalium keine Zollerhöhung eingeführt. Diesen Genuß will man dem Steuerzahler billig gewähren (Heiterkeit). Aber in jeder Steuerreform wollen wir die Rübenzucker- und die Branntweinsteuer aufgenommen wissen. Wir sind einstimmig gegen dieses Tabaksteuer-Gesetz, gegen die Brausteuer, gegen die Petroleumsteuer und gegen jede Steuer auf Getreide und Vieh; wir kennen darin auch kein Kompromiß, keine Verständigung. — Ich muß aber auch darauf hinweisen, daß diese Frage nicht nur eine Steuerfrage, sondern eine hochpolitische, eine Machtfrage ist. Das weiß Fürst Bismarck sehr wohl, wer das Geld hat, hat die Macht. Fürst Bismarck hat die Staatsmänner meist dilatorisch behandelt, augenblicklich scheint dafür Herr Windthorst der Erkorene zu sein. Im vorigen Jahre noch hat Herr Camphausen anerkannt, ganz werde das Reich der Matrikularbeiträge nicht entrathen können. Herr Reichensperger meint das auch jetzt. Aber Fürst Bismarck will es anders. Und diese Machtfrage macht sich auch gegenüber den Einzelstaaten geltend. Sie sollen nicht länger, wie er sich ausdrückt, lästige Kostgänger sein. In dem Maße, als die direkte Besteuerung zurücktritt, vermindert sich auch der parlamentarische Einfluß der Einzel-Landtage — ja schließlich der Einzelstaaten überhaupt. Ich kann nicht anders sagen, als diese Vorlagen zeigen die deutliche Richtung nach Absolutismus im Innern, nach dem Einheitsstaat im Ganzen. Wir sind allein zu schwach. Aber ich appellire an Alle, welche die Freiheit lieben, und mit denen wir früher zusammen gegangen sind. Klein ist, was uns trennt, vergessen wir das! Niemals ist eine Freiheit den Völkern von oben geschenkt worden. Immer haben sie sich dieselbe erkämpfen müssen. Halten wir zusammen, es handelt sich um die Freiheit, um die Zukunft des deutschen Reichs (Beifall links).

Finanz-Minister **Hobrecht**: M. H., ich glaube zwar nicht, daß viele von Ihnen das, was ich am Sonnabend in Bezug auf die Rede des Abg. Dr. Bamberger gesprochen habe, wirklich so verstanden haben, wie es der letzte Herr Redner mit geschickter Fechttaktik sofort auslegte. Der Abg. D Bamberger hatte das, was kurz vorher der Herr Reichskanzler in Bezug auf die Richtung einer Umgestaltung und Reform unseres direkten Steuerwesens ausgeführt hatte, angegriffen, und darin unerfüllbare Verheißungen erblickt. Ich hatte den besonderen Anlaß, darauf zu erwidern, weil ich vor wenigen Monaten im preußischen Abgeordnetenhause über denselben Gegenstand das mir nöthig scheinende auseinandergesetzt hatte. Ich hatte nachgewiesen, daß es nicht nöthig sei, eine nähere Erörterung darüber eintreten zu lassen, ob mit der Reform so weit gegangen werden solle, als es von mir bezeichnet wurde, oder ob weiter zu gehen nöthig sei, weil auch in den engsten Grenzen diese Reform Mittel erfordere, die durch die jetzt vorgeschlagenen Maßregeln nur knapp gedeckt werden können. Ich hat dies darum, weil es mir darauf ankam, daß namentlich auch diejenigen preußischen Mitglieder des Reichstages, welche im Wesentlichen mit den Zielen einer Steuerreform, wie sie im preußischen Landtage erörtert worden sind, einverstanden waren, nicht die Besorgniß haben möchten, es würden hier Mittel verlangt, die zu weit über das gesteckte Ziel hinaus gehen, sondern daß auch in diesen Grenzen die Mittel eben nur ausreichen. Die Zahlen-Ausführungen des Abgeordneten Richter will ich hier nicht weiter widerlegen; ich glaube, der stenographische Bericht wird es erweisen, daß seine und meine Angaben nicht durchaus übereinstimmen. (Beifall rechts.)

Geheimer Rath **Tiedemann**: Ein gut Theil der Deduktionen des Abg. Richter hat sich in dem Gedanken bewegt, die vorgeschlagenen Zölle seien im Interesse des Großgrundbesitzes und des Großkapitals, sie drückten den kleinen Mann und den Bauer. Ein Wort wie dies, mit solcher Emphase ausgesprochen und ins Land geschleudert, könnte einigen Eindruck machen. Diesen möchte ich von vornherein verwischen. In einem Lande, in dem von 7 Millionen Censiten ungefähr 2 Millionen nicht ein Einkommen von 140 Thalern haben und deshalb steuerfrei bleiben, wie von den Steuerzahlern vielleicht nur 150,000 über 1000 Thaler Einkommen haben und demgemäß eingeschätzt sind, da ist es gerade eine Aufgabe der Staatsregierung, dafür zu sorgen, daß den Vielen, welche von ihrer Hände Arbeit leben, diese Arbeit nicht erschwert wird. Das, meine Herren, ist das Leitmotiv gewesen, welches die verbündeten Regierungen veranlaßt hat, in die Steuerreform einzutreten. Um das Eine möchte ich nur Herrn Richter bitten, der sich sehr viel darauf zu Gute thut, die Verhältnisse Rheinlands und Westfalens genau zu kennen, sich in seinen Wahlkreis zu begeben, oder auch in den benachbarten, den er glücklicher Weise nicht lange — als Landrath verwaltet hat (Große Heiterkeit), und dort nachzusehen, in welcher Weise die Armenlast gestiegen ist. Die Herren von der Freihandelspartei sagen nun freilich, wir müssen die Sachen gehen lassen, wie sie gehen. Es läuft das schließlich auf den Satz hinaus: Laß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind! Das kann doch nur von sehr extremer Seite gebilligt werden. — Es heißt dann weiter, das Großkapital, der Großgrundbesitz wird geschützt, der Arbeiter und Bauer geschädigt; aber wer ist heut zu Tage am meisten in Noth? Jeder, der mit landwirthschaftlichen Verhältnissen auch nur annähernd vertraut ist, wird antworten müssen: Der Bauer leidet am meisten! (Sehr richtig! rechts) und Aufgabe der Regierung ist es, unsern alten soliden Bauernstand zu unterstützen! Die Subhastations-Verzeichnisse ergeben für 1874 bis 76 durchschnittlich 7000, 1877 10,000 ländliche Subhastationen. Betrachtet man diese Steigerung von 600 auf 10,000 Subhastationen in zwanzig Jahren, so wird man zugeben müssen, daß dem landwirthschaftlichen Betriebe Hülfe gebracht werden muß. Herr Richter hat wie Herr Bamberger auf den Segen des entfesselten Verkehrs, des Aufschwungs der Eisenbahnen und der Eröffnung der Kornkammern Rußlands, Rumäniens u. s. w. hingewiesen; nun, die jetzige Hungersnoth im Spessart zeigt uns, wie segensreich diese Wirkungen sind. Daß der Reichskanzler Rußland für das Ideal seiner wirthschaftlichen Pläne erklärt hat, ist nicht richtig. Der Reichskanzler hat nur auf die außerordentliche Produktionsfähigkeit Rußlands hingewiesen. In den Flugblättern und Artikeln des Herrn Richter in den letzten Monaten ist hartnäckig nur von einer Mehrbelastung des Volkes die Rede gewesen; daß jetzt auch die Entlastung betont wird, muß ihm (dem Abg. Richter) allerdings unangenehm sein.

Von dem Abg. **Löwe** (Bochum), unterstützt von 155 Abgeordneten, ist folgender Antrag, die geschäftliche Behandlung der Zoll- und Steuervorlagen eingegangen: 1) einer Kommission von 28 Mitgliedern sollen überwiesen werden: Der Gesetzentwurf, betr. den Zolltarif des deutschen Zollgebietes und alle Positionen des Tarifs mit Ausnahme der Abfälle, der Bürstenmacher und Siebmacherwaaren, des Eisens, der Erze und edlen Metalle, des Flachses und des Getreides, der Häute und Felle, des Holzes, des Hopfens, der Instrumente und Maschinen, des Oeles und der Fette, des Pelzwerks, der Steine und Kohlen, des Viehes und einiger anderer weniger wichtigen Gegenstände; 2) einer Kommission von 28 Mitgliedern: die Vorlagen über die Besteuerung resp. Nachversteuerung des Tabaks; 3) einer Kommission von 14 Mitgliedern: die Vorlagen betr. die Erhebung resp. Erhöhung der Brausteuer.

Abg. **v. Kardorff**: Der Abg. Richter wies im Anfange die wesentliche Schuld der großen, die Welt beherrschenden Krisis den schweren Kriegen zu, die in allen Welttheilen geführt seien. Man muß das ja bedingt anerkennen als richtig soweit, daß diese Gründe die Krisis mit hervorgerufen haben. Aber damit ist doch nicht erklärt, warum diese Krisis in Frankreich, das doch schwerer gelitten hat als Deutschland, daß sie in Rußland, das an einer mangelhaften Valuta leidet, schwere und kostspielige Kriege geführt und keine Milliarden bezahlt bekommen hat, sehr viel eher überwunden ist, als bei uns. Ueber das Aktiengesetz hat der Abg. Reichensperger eine von der meinigen abweichende Meinung ausgesprochen. Ich glaube mit dem Abg. Richter nicht, daß durch irgend welchen Paragraphen des Aktiengesetzes irgend ein Wandel, irgend eine Garantie gegen Mißbräuche geschaffen werden könnte. Der Herr Abg. Richter fuhr damit fort, auseinanderzusetzen, wir in Deutschland wären eigentlich bisher doch wirthschaftlich in einer ganz guten Lage gewesen, weil wir unsern Export größtentheils hätten in Fabrikaten bewirken können und nur Rohprodukte eingeführt hätten. Es hätte dann doch aber die Handelsbilanz etwas anders aussehen müssen, als sie ausgesehen hat. Das wird doch Niemand in Abrede stellen, daß sich diese seit 1865 immer schlechter gestaltet hat. Herr Richter legt so großen Werth auf den Export. Adam Smith seinerseits legt den allergeringsten Werth auf den Export von allen Beschäftigungen, er weist dem inneren Verkehr einen 24fach größeren Nutzen für das Land zu, als dem äußeren Handel und ich gestehe, dem Herrn Smith zu folgen. Nun frage ich angesichts der Vorlage, ist es nicht das Non plus ultra von Uebertreibungen, wenn Herr Richter sagt, sie ginge noch hinter den Tarif von 1865 zurück. Jeder weiß, daß er die 1865 aufgegebenen Sätze lange nicht erreicht. Dann berührte Abg. Richter die Eisenbahnfrage. Ich behalte mir vor, in der speziellen Diskussion darauf zurückzukommen, jetzt schon will ich aber bemerken, daß ich solche Koalitionen vorausgesagt habe, von denen Herr Richter sprach. Er stellte die Sache so dar, als ob er überhaupt nur dem Großkapital zu gute käme und der Landwirthschaft, obwohl er das für sehr zweifelhaft hinstellt, ob Landwirthschaft überhaupt einen Vortheil davon hat. Sie finden im Tarif die Position der Bürstenbinder und Siebmacher, Böttcher, Perrückenmacher, Drechsler, Tischler, Wagner, Korbflechter, Instrumentenmacher, Maschinenfabrikanten, Kupferschmiede, Gelbgießer, Uhrmacher u. s. w. Diese finden Sie alle in ihrer Arbeit durch den Tarif geschützt. Uebrigens werden wir ja denjenigen Branchen, in denen wirklich die Bestimmung der Tarife eine sehr schwierige ist, nach dem Antrag Löwe der Kommission überweisen, und ich denke, der sachverständige Rath des Herrn Abg. Delbrück, der wird dieser Kommission auch nicht fehlen. Wir sind nicht Schuld an der Uebereilung der Arbeit, denn wir beantragten schon vor einem Jahre eine Enquete über die Lage der vaterländischen Industrie; aber die Freihändler machten sie zu Wasser, weil sie fürchteten, daß ihre Theorien dadurch über den Haufen geworfen würden. Die schwierigen Branchen werden wir übrigens in der Kommission genügend pro et contra unter Beihülfe Delbrücks berathen. Den Druck niedrigster Preise auf die Löhne zeigt die Beeliner Textilindustrie, wo junge Mädchen aus gebildeten Ständen einen Arbeitslohn bekommen, den man sich schämt zu nennen. Sollen wir da nicht die Konsumtionsfähigkeit und den Arbeitsmarkt zu stärken suchen? Nur daran möchte ich erinnern, daß die Foetschrittspartei es war, die kurz vor 1870 noch einen Antrag auf Abrüstung stellte. Der Abg. Richter hält den Petroleumzoll für sehr häßlich, ja, da sind die Geschmäcker verschieden, ich halte ihn für sehr hübsch. Wenn er im Allgemeinen auf das Gesammtprojekt zurückgekommen ist, so liegt das in der Natur des Herrn Richter. Er hat den Reichskanzler Fürsten Bismarck in seinen Bestrebungen als einen Ausbund von Materialistik hingestellt der auch durch unerfüllbare Versprechungen seine Macht zu erweitern sucht. Ja, darum handelt es sich, ob sie erfüllbar sind oder nicht. Ich glaube, vorläufig wird das Land dem Reichskanzler mehr Glauben schenken als Herrn Richter. Was der Reichstag ferner in seinem Steuerbewilligungsrecht aufgiebt, wird in dem verstärkten Steuerbewilligungsrecht des Landtages gewonnen. Denn sobald die Bedürfnisse über das hinausragen, was vom Reichstage aus den Landtagen an indirekten Steuern zugesichert werden kann, so tritt das Bewilligungsrecht des Laudtages in demjenigen Maße ein, das vereinbart ist durch die dankenswerthe Intervention des jetzigen preußischen Finanzministers. Der Abg. Richter hat mit dem Appell geschlossen, die Bewilligung dieses Tarifs wäre der erste Spatenstich zu dem Grabe der Freiheit in Deutschland. In Amerika hat aber das von der republikanischen Partei beförderte Schutzzollsystem keineswegs zum Untergang der Freiheit geführt. Ein gemäßigt protektionistisches System führt überall zu einer gleichmäßigen Vertheilung des Besitzes und nicht in Latifundien, wie in dem freihändlerischen England. Ich hoffe, die Bewilligung dieses Tarifs wird ein Segen für unser Vaterland sein. (Beifall rechts.)

Abg. **Oechelhäuser**: Ich stehe in der großen Frage, die uns heute beschäftigt in der Mitte zwischen dem Abg. von Kardorff und dem Abg. Richter. Ich stehe in Bezug auf die selbstständigen Einnahmen des Reiches auf dem Standpunkt des Reichskanzlers. Ich bin ein Anhänger der Tabaksteuer, wenn ich auch nicht für die Nachsteuer und die Licenzsteuer stimmen werde. Ferner habe ich mein Einverständniß mit den Finanzzöllen im Allgemeinen zu dokumentiren, dagegen hört dieses Einverständniß auf, sobald man sich auf das Gebiet der wirthschaftlichen Zölle begiebt. Ich stehe ganz entschieden auf dem Standpunkt der Nothstandszölle, wie sie das Programm des Reichskanzlers vom 15. Dezember v. J. entwickelt hat. Aber ebenso entschieden bin ich gegen die — ich möchte wohl sagen — bodenlose Uebertreibung des Varnbüler'schen Tarifs. Ich bin entschieden gegen Getreide-, Vieh- und Holzzölle und ebenso gegen die Kampfzölle, wie sie der § 5 des Tarifs uns bringt. Daß wir seit 1865 in unserer wirthschaftlichen Entwickelung zurückgegangen sind, ist weder in den Motiven noch von Herrn von Kardorff nachgewiesen worden. Das Gegentheil ist richtig, das Jahr 1865 ist eine Etappe des Fortschritts gewesen. Leider hat eine bedenkliche Vermischung stattgefunden mit der nun 1870 beginnenden Krisis. Kein gründlicher Kenner der Handelsgeschichte wird Krisen unmittelbar mit dem handelspolitischen System zusammenbringen. Wir gingen in außerordentlich gesunder Lage in das Jahr 1870, aber daraus, daß der Sieg sich an unsere Fahnen heftete, entstand Optimismus, der auf wirthschaftlichem Gebiete sehr gefährlich wirken kann. Das vom Reichskanzler in seinem Schreiben vom 15. Dezember proklamirte Prinzip der allgemeinen Zollpflichtigkeit wird in den Motiven nicht berührt und ist vollständig undurchführbar. Die Holz-, Getreide- und Viehzölle sind der Erisapfel, der in die Versammlung hineingeworfen wird. Wenn ich auch auf dem Gebiete der Nothstandszölle gegen das Ausland meine Zustimmung nicht versagen würde, auf diesem Gebiete kenne ich keine Transaktion. Denn bei der Einführung der indirekten Steuern muß um so fester darauf gehalten werden, daß eine untere Grenze sei, wo es sich um die nothwendigsten Lebensbedürfnisse handelt und mit diesen Zöllen würde auch ein Zankapfel in unser politisches Leben hineingeworfen, dessen böse Wirkungen die materielle Tragweite dieser Zölle weit übertreffen würde. Den ersten Theil des § 5, der davon handelt, daß wir eine differentielle Benachtheiligung des Auslandes in gleicher Weise zurückweisen sollen, unterschreibe ich vollkommen. Aber Kampfzölle, wie sie nach Analogie der Schweiz uns empfohlen werden, sind für uns nach unserer ganzen Lage unmöglich. Ich schließe damit, indem ich offen anerkenne, daß die Strömung der öffentlichen Meinung gegen uns ist. Aber es giebt keinen Beweis in der Geschichte, daß eine Umkehr in der Art stattgefunden hat. Aber ich hege noch die Hoffnung, daß eine Verständigung zu erzielen ist, wenn nicht, müssen wir den Dingen ruhig ihren Lauf lassen. Ich hoffe aber dennoch, daß der Genius, der uns geleitet hat, der Geist, der bisher lebendig war seit 1818, auch mächtig genug sein wird, uns vor diesem nach meiner Ansicht materiellen Unglück zu bewahren. (Bravo! links.)

Um 4 Uhr vertagt das Haus die weitere Berathung bis Dienstag 10 Uhr.

Dem Abg. **Richter** (Hagen) wird das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, da er sich heute zu spät gemeldet hat, bis zum Schluß der nächsten Sitzung reservirt.

Deutschland.

** **Berlin**, 5. Mai. Dem Oberpräsidenten von Horn zu Königsberg ist zu seinem heute stattfindenden funfzigjährigen Amtsjubiläum der Kronenorden I. Klasse verliehen worden.

Zur Berichtigung irrthümlicher Auffassung ist zu bemerken, daß der Bundesrath zwar beschlossen hat, einen Kommissar des deutschen Reiches für die Ausstellung in Sidney zu ernennen, daß diese Ernennung aber noch nicht erfolgt ist und nicht eher erfolgen kann, als bis der Reichstag die Mittel für die Betheiligung des Reichs an der Ausstellung bewilligt hat. Die betreffende Vorlage wird jedenfalls schon in den nächsten Tagen zur Erledigung kommen.

Auch jetzt noch sind die Angaben verschiedener Blätter über den Einberufungstermin für die diesjährige ordentliche Generalsynode ungenau, da weder über die Zeit, noch über die zu machenden Vorlagen definitive Bestimmungen getroffen worden sind. Wahrscheinlich wird ein früherer Termin für die Einberufung bestimmt werden, als in den Blättern behauptet wird.

Am 12. Mai tritt im landwirthschaftlichen Ministerium das Plenum der technischen Deputation für Veterinärwesen zusammen.

Provinzielles.

Stettin, 6. Mai. An Stelle des verstorbenen Bauerhofsbesitzers Krüger zu Crien wurde der Bauerhofsbesitzer und Schulze **Habecker** zu Japenzin zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten für den Kreis Anklam gewählt.

— Dem Sekonde-Lieutenant **von Schudmann** im Kürassier-Regiment Königin (pommersches) Nr. 2 ist die Rettungsmedaille am Bande und dem Hafenbauarbeiter **Dohmstreich** zu Kü[illegible] im Kreise Usedom-Wollin, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Der landwirthschaftlichen Lehranstalt in Schivelbein ist, wie wir hören, aus einem Vermächtniß des Rentiers Beggerow aus Schivelbein die Summe von 21,000 Mark vermacht worden.

— Der von einer Aktien-Gesellschaft errichtete Bromberger Weichselhafen ist mit 1. Mai für den Schifffahrtsverkehr eröffnet worden.

— Zur Diphtheritis im Dorfe Sassenhagen geht dem „Greifsw. Tgbl." von einem Bewohner von Sassenhagen ein Schreiben zu, in welchem es u. A. heißt: „... Nun Scharlach und Diphtheritis mit mehrfach tödtlichem Ausgang. Auf Anordnung des Kreisphysikus durch den Herrn Amtsvorsteher ist die Schule bis auf Weiteres geschlossen. Dort in den Häusern, wo die Krankheit ausgebrochen ist, hat müssen draußen eine Tafel angebracht werden, worauf steht: Scharlach und Diphtheritis der Krug ist abgesperrt, da von dort aus die Krankheit ausgebrochen ist und dem Krüger drei Kinder schon gestorben sind. Es liegen noch mehrere Kinder im Dorfe schwer krank darnieder. Auch Erwachsene sind von der Krankheit befallen gewesen, was der Herr Doktor Freyer nicht wissen kann, da von der Gemeinde viele die Doktoren aus Freienwalde in Pommern holen. Es sind seit Weihnachten 10 Kinder im hiesigen Oate gestorben." Auch die Epidemie in Woltin ist noch derartig, daß immer wieder neue Erkrankungsfälle konstatirt werden.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 5. Mai. Wie das „Dresdener Journal" meldet, hat der aus Berlin hier eingetroffene königlich portugiesische Gesandte im Auftrage des Königs von Portugal unserem Könige das Großkreuz der drei höchsten portugiesischen Orden überreicht. Graf und Gräfin Rilvas wurden heute zur königlichen Tafel geladen.

Stuttgart, 5. Mai. Nach einer Meldung des „Schwäbischen Merkur" findet am 12. d. M. im hiesigen königlichen Schlosse die Vermählung des Herzogs Georg von Leuchtenberg mit der Herzogin Therese, Tochter des Prinzen Peter von Oldenburg, statt.